

Spital soll nicht verkäuflich sein

Winterthur gegen rein private AG

Der Winterthurer Stadtrat fordert den Regierungsrat auf, bei der geplanten Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur mindestens zwei Drittel der Aktien zu behalten. Radikaler treten die Gewerkschaften auf, sie lehnen die Reform dezidiert ab.

flo. · Anders als der Regierungsrat steht die Stadt einem weitgehenden Ausstieg des Kantons aus dem Kantonsspital Winterthur (KSW) mehr als nur kritisch gegenüber. Der Stadtrat verlangt laut einer Mitteilung vom Donnerstag, dass sich der Kanton nach der geplanten Umwandlung des Spitals in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft mindestens zwei Drittel des Kapitals auf Dauer sichert. Es gelte, zu verhindern, dass neue Mehrheitsaktionäre das KSW mit einer aggressiven Gewinnstrategie zum Rückzug aus wenig rentablen Angeboten zwingen könnten.

Stadt pocht auf Mitsprache

Grundsätzlich aber ist der Stadtrat mit der Umwandlung des KSW in eine AG einverstanden, wie aus seiner Vernehmlassungsantwort hervorgeht. Der Kanton will damit seine problematische Doppelrolle als Betreiber und Aufsichtsorgan ablegen und die Wettbewerbsfähigkeit des Spitals stärken.

Winterthur fordert mindestens einen Sitz im Verwaltungsrat, heute vertritt Sozialvorsteher Nicolas Galladé die Stadt im Spitalrat. Er sieht in diesem Mandat eine gute Möglichkeit zum Informationsaustausch, von dem Stadt und Spital gleichermassen profitieren. Für Überlegungen zu einer städtischen Beteiligung am Aktienkapital sei es indes noch zu früh. Das KSW wurde 1876 von der Stadt Winterthur gegründet, sie musste es in ihrer Finanzkrise nach dem Eisenbahndebakel aber schon 1886 an den Kanton verkaufen.

Gewerkschaften sehen schwarz

Während die Stadt ihre Zustimmung zur KSW-Privatisierung mit der Forderung nach einem Sitz im Verwaltungsrat und einer qualifizierten Aktienmehrheit in Kantonsbesitz verknüpft, lehnen die Gewerkschaften das Projekt grundsätzlich ab. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) schreibt, eine Umwandlung des KSW in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft sei we-

der sinnvoll noch zweckdienlich, sondern ineffizient und ineffektiv. Eine drohende Gewinnmaximierung könne sich in tieferen Löhnen oder schlechteren Arbeitsbedingungen auswirken, beides gehe letztlich auch zulasten der Patienten. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) warnt vor einem Verlust der demokratischen Kontrolle über die Gesundheitsversorgung. Der GBKZ warnt vor einem Renditedenken mit unnötigen lukrativen Leistungen und dem Abdrängen weniger lukrativer Patienten in andere Spitäler.